

Mit Christine Tönnecke, Frankenberger im Studio, guten Abend.

Der Treibhausgasausstoß ist gesunken und ist zu niedrig, wie seit 1990 nicht mehr.

Experten sehen lediglich den ersten Schritt getan.

In Sachen Teuerung machen SPÖ und freiheitliche gemeinsame parlamentarische Sache und verständigen sich auf einen Antrag für einen Nationalratssondersitzung.

In der Diskussion rund um Zinsüberschüsse wollen die Bankenkreditnehmern offenbar entgegenkommen.

Außerdem israelische Raketen für Europaschutz, die USA genehmigen, den Export eines Luftverteidigungssystems nach Deutschland.

Wir berichten über Hausdurchsuchungen bei Regime kritischen Aktivisten in Russland.

Wir als 60 Flüchtlinge sind vor der kapertischen Küste im Atlantik ertrunken und hauft für einen früheren Trainer im Damenfußball wegen Missbrauchs.

Wir beginnen mit der Beta-Prognose von Daniel Stanker.

Wechselhaft geht es jetzt am Abend weiter. Großteils scheint die Sonne, manchmal sind aber auch ein paar Wolken, Regenschauer und Gewitter dabei, die meisten am Arlberg, im Außerferien und im Tiroler Oberland.

Im Laufe der ersten Nachtstunden werden die Schauer weniger.

Morgen der Freitag wird recht ähnlich. Wir starten zunächst mit einigen Wolken und Nebelfeldern.

Dann macht sich die Sonne breit und am Nachmittag entstehen neuerlich Quellwolken und von Innsbruck ostwärts gewittrige Regenschauer.

Dazu ist es schwül bei höchstens 25 bis 32 Grad.

Am Wochenende, speziell am Sonntag wird es besonders heiß, mit bis zu 35 Grad im Osten.

Tagsüber gibt es strahlenden Sonnenschein und die Quellwolken am Nachmittag bleiben meist harmlos.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler von den Grünen hat heute die Treibhausgasbilanz für das vergangenen Jahr präsentiert.

Und da zeigt sich, dass die Emissionen nicht nur im Vergleich zu 2021 um mehr als 6 % gesunken sind.

Sie erreichen auch den tiefsten Stand seit 1990.

Für Experten hatten hohe Preise den stärksten Lenkungseffekt. Weitere Schritte müssten folgen.

Maria Kern

Teamerschutzministerin Leonore Gewessler von den Grünen räumt ein, dass der niedrigste Ausstoß bei den Treibhausgasen seit mehr als 30 Jahren in einem Jahr gelungen sei, indem es eine Energiekrise gegeben habe.

Aber auch in einem Jahr, das ein deutliches Wirtschaftswachstum hatte.

Das Bruttoinlandsprodukt ist 2022 um 4,9 % gegenüber 2021 gestiegen.

Die Treibhausgasemissionen, dem gegenüber sind gesunken.

Gewessler hob weiters hervor, dass es einen Rückgang in allen Bereichen gegeben habe.

Also im Gebäudebereich, im Verkehr, in der Industrie und in der Landwirtschaft.

Es wird nun in Österreich weniger CO<sub>2</sub> verursacht als in jedem anderen Jahr seit Beginn der berechnungen, der systemischen Berechnungen 1990.

Für die gesunkenen Emissionen gibt es mehrere Ursachen.

Einerseits habe die Industrie weniger Gas verbraucht, andererseits habe auch der Verkehr weniger Treibhausgasen ausgestoßen,

sagt Günter Lichtblau vom Umweltbundesamt.

Er führt das unter anderem darauf zurück, dass es wegen der hohen Spritpreise weniger Tanktourismus gab,

aber auch im Inlandseid der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehr gesunken, so Lichtblau.

Da sehen wir tatsächlich Einerseits Effekte von der Technologie, Einführung Elektromobilität.

Auch die herkömmlichen Fahrzeuge werden effizienter und es hat sich auch mit Preissignalen zu tun,

auch mit dem Fahrverhalten, das freiwillig langsamer gefahren wurde.

Die Umweltökonomin Birgit Bedner-Friedl vom Wegener Sente in Graz sieht auch in den Preisen den besten Lenkungseffekt,

wie sie im Ö1-Mittag schonal sagte.

Das heißt, wenn Spritpreise, wenn Energiepreise hoch sind, dann sind Haushalte und Unternehmen durchaus sehr stark auch fähig Emissionen einzusparen.

Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Emissionspreis hoch bleibt.

Zur Treibhausgasbilanz ganz global, sagt die Expertin, es sei ein Schritt in die richtige Richtung gelungen.

Es müssten aber weitere Schritte folgen.

Das räumt auch Ministerin Gewessler ein.

Sie betont, dass die Anstrengungen noch deutlich verstärkt werden müssten, um die Klimaziele bis 2030 zu erreichen.

In der Diskussion über steigende Zinsüberschüsse der Banken durch hohe Kredit- und niedrige Spazinsen

wollen die österreichischen Banken-Kreditnehmer nun offenbar entgegenkommen, nämlich jenen mit Variabel verzinsten Krediten.

Zuletzt ist der Druck auf die Banken gestiegen, SPÖ und FPÖ forderten einen gesetzlichen Eingriff.

Der Sozialminister hat eine Verbandsklage gegen den Bankensektor beauftragt.

Paul Siehorsch.

Wer einen Variabel verzinsten Kredit hat, dem wollen die Banken entgegenkommen, falls es eine individuelle Stresssituation gibt.

Das hat der Obmann der Bankenspartner in der Wirtschaftskammer und erste Groupchef Willi Balcianko in einem Social-Media-Posting angekündigt.

Konkreter wird Cianko nicht. Die Sparte wollen in den nächsten Tagen Details vorstellen.

Für Kreditnehmer mit fixen Zinsen soll sich nichts ändern.

Cianko für den Streifen, dass die heimischen Banken ohnehin einen vergleichsweise hohen Anteil der Spazinsen weitergeben würden.

Wohl mit Blick auf die von der Opposition geforderten Sondersteuern, schreibt der Spartenobmann, der Bankensektor solle nicht mit kurzfristigen populistischen Maßnahmen geschwächt werden.

Man stehe hier in guten Gesprächen mit der Bundesregierung.

Inzwischen hat der Verein für Konsumenteninformation Klage gegen einen 0%-Klausel für haben Zinsen der erste Bank eingebracht.

Noch im August soll es eine Sondersitzung des Nationalrats geben. Darauf haben sich ESPÖ und Freiheitliche geeinigt.

Die inhaltlichen Details seien derzeit noch in Ausarbeitung, aber sowohl die Teuerung als auch die Bankengewinne dürften Thema sein.

Victoria Walddecker berichtet.

Selten sind sich ESPÖ-Chef Andreas Barblau und FPÖ-Chef Herbert Kickel einig.

Jetzt werden sie aber gemeinsam eine Sondersitzung des Nationalrats einberufen, sagt Barblau heute.

Wir haben die Gespräche so weit auf die Gruppe geführt, dass man sich einig sieht, dass eine gemeinsame Sitzung geben wird.

Wir beraten jetzt die inhaltliche Ausgestaltung ganz konkret an.

In der Sondersitzung soll es auch um die hohen Bankengewinne gehen.

Die zuletzt angekündigte Klage gegen die niedrigen Zinsen bei Guthaben sei zu wenig. Es brauche jetzt Eingriffe bei den Zinsen.

Dass wir Banken verpflichten wollen und müssen, dass sie die höheren Zinsen tatsächlich an die Sparerrinnen weitergeben.

Hier wird einfach Geschäft gemacht, auch in dieser schwierigen Situation.

Und auch die Teuerung soll bei der Sondersitzung diskutiert werden.

Der Generalsekretär der freiheitlichen Christian Hafenecker sieht hier einmal mehr ein totalversagender Regierung.

Die Ursache ist in der Bundesregierung begründet. Es ist ein Multiorganversagen, das hier stattfindet, tagtäglich.

Die Bundesregierung macht nichts anderes als ständig ins Ausland zu flüchten, um der eigenen Bevölkerung zu entgehen.

Fakt ist aber, dass die heißen Eisen nicht nur nicht angefasst wurden von der Bundesregierung, sondern sie haben sie auch noch verursacht.

Auch mit der SPÖ wollen die Freiheitlichen in der Sondersitzung nicht gerade zimperlich umgehen, kündigt Hafenecker an und sieht dort eine Doppelmoral.

Die Einigkeit zwischen Freiheitlichen und SPÖ dürfte also mit einberufender Sondersitzung bereits wieder beendet sein.

Und die dritte Oppositionspartei, die NEOS, kritisieren den Umgang der Regierung mit Studien. Seit Anfang des Jahres muss die öffentliche Verwaltung extern erstellte Studien, Gutachten und Umfragen veröffentlichen.

Laut einer Anfragen-Serie der NEOS haben die Ministerien das bisher allerdings nur bei knapp einem Drittel dieser Studien umgesetzt.

Die Partei spricht von Geheimniskremerei. Niklas Lercher berichtet.

Eigentlich müsste die Regierung von ÖVP und Grünen seit Jahresbeginn alle externer stellten Studien, Umfragen und Gutachten veröffentlichen.

Nur halte sich die Koalition nicht an das selbstbeschlossene Gesetz, kritisiert NEOS-Vizeklub-Chef Nikolaus Scherag.

Das halte ich für einen untragbaren Zustand.

Eine Anfragen-Serie der NEOS zeigt, seit vergangenem August bis Ende Juni diesen Jahres haben alle Ministerien zusammen 167 Studien durchführen lassen.

Nur 53 davon hat die Regierung bisher auch veröffentlicht. Für den NEOS-Abgeordneten ist klar.

Hier wird ganz oft aus vielerlei Gründen fadenscheinige Argumente gebracht, dass Studien nicht zu veröffentlichen sind.

11 Millionen Euro hat die Regierung im Anfragezeitraum für Studien ausgegeben.

Das sei Steuergeld, wie Scherag betont. Deshalb hätten die Bürgerinnen und Bürger auch ein Recht

darauf, die Studien zu bekommen.

Kommen wir ins Ausland. Deutschland kauft das israelische Raketenabwehrsystem Arrow 3.

Das als israelisch-amerikanische Co-Produktion war für den Verkauf noch eine Bestätigung des US-Verteidigungsministeriums ausständig.

Heute haben die USA den Deal gebelickt.

Das System ist in der Lage, ballistische Raketen oberhalb der Atmosphäre abzufangen, aus bis zu 2400 Kilometern Entfernung.

Es ist Teil der europäischen Sky Shield-Initiative gegen die Gefahr vor allem russischer Langstreckenraketen.

Aus Tel Aviv berichtet Nikolas Wildner.

Arrow 3.

Ein dramatisches Werbevideo des Raketenabwehrsystems ist heute in israelischen Online-Zeitungen allgegenwärtig.

Israels Verteidigungsminister Joav Garland nach bekannt werden der Freigabe des Deals durch die USA.

Das Arrow 3-System ist das modernste seiner Art weltweit, gemeinsam von Israel um den USA entwickelt.

Dank uns wird dieses System Deutschland schützen.

Wir sind sehr stolz darauf, dass sich die Deutschen für das Arrow 3-System entschieden haben.

Nach der Freigabe durch die USA soll im November die Vertragsunterzeichnung folgen.

Für gut 3,2 Milliarden Euro soll Deutschland bis 2025 das Arrow 3-System erhalten.

Es wäre der größte Waffendeal in Israels Geschichte.

Die Arrow 3-Abwehrraketen können ballistische Langstreckenraketen, auch mit nuklearen oder biologischen Sprengköpfen bestückt,

noch außerhalb der Erdatmosphäre in einer Höhe von mehr als 100 Kilometern abfangen und zerstören.

Das Arrow 3-System soll die oberste Schicht des sogenannten Sky Shields des neuen europäischen Luftverteidigungssystems bilden.

Deutschland hatte die Sky Shield-Initiative vergangenen August gestartet, als Antwort auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Im Juli hat auch Österreich eine Absichtserklärung für einen Beitritt zum europäischen Sky Shield unterzeichnet.

Nach Spanien jetzt, dort haben die Sozialisten des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Pedro Sánchez

heute einen Etappensieg erzielt, mit Blick auf die schwierige Regierungsbildung im Land.

Dreieinhalb Wochen nach der Niederlage der Sozialisten bei der Parlamentswahl haben die Abgeordneten heute mit absoluter Mehrheit

die sozialistische Kandidatin zur neuen Parlamentspräsidentin gewählt.

Damit werden Sánchez Aussichten in Madrid der Regierungssitz bleiben zu dürfen, um einiges besser.

Aus Madrid berichtet Josef Manola.

Pedro Sánchez war es im letzten Augenblick gelungen, den argwöhnischen Carlos Putschdemont zu überzeugen.

Obwohl der Politiker im Brüsseler Exil den Regierungschef auch schon der Lüge und Mangel in der

Handschlagqualität bezichtigt hatte,

lieferten die sieben Abgeordneten der Putschdemontpartei gemeinsam für Katalonien den Sozialisten die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang.

Die 178-Jahr-Stimmen von heute würden Sánchez genügen, um seinen Traum von der linken Minderheitsregierung fortsetzen zu können.

Der Taktiker hatte vor vier Jahren die linksalternative Podemos in eine Koalitionsregierung geholt und den Konkurrenten im Lauf der Legislaturperiode in die Bedeutungslosigkeit getrieben.

Mit der handsamen Alternative, der von Arbeitsministerin Yolanda Díaz gegründeten Partei Summar, will er jetzt weiter regieren wie bisher.

Schon waren an die katalanischen Separatisten das heutige Jahr seit keinem Vorgriff auf eine Zustimmung zur Minderheitsregierung Sánchez Nummer zwei.

Wir befinden uns in Verhandlungen, weil unser Einverständnis erforderlich ist.

Davor muss man aber noch über die Amnestie für verurteilte Separatisten, Straffreiheit für Kallers Putschdemont

und vermutlich auch die Zusage für ein künftiges Unabhängigkeitsreferendum verhandeln.

In Russland geht das Regime von Vladimir Putin weiter gegen Kritiker und Aktivistinnen vor.

In den Morgenstunden haben die Behörden Hausdurchsuchungen bei 15 Mitgliedern der renommierten Wahlbeobachtungsorganisation Goloz durchgeführt.

Einem der Vorsitzenden der Organisation, die über Jahre hinweg Wahlfälschungen kritisierte, droht eine Haftstrafe.

Aus Moskau berichtet Paul Krisei.

In acht russischen Städten finden heute gleichzeitig Hausdurchsuchungen statt.

Ziel der Razzien sind die Wohnungen von 15 Mitgliedern der Wahlbeobachtungsorganisation Goloz.

In Moskau wird der Kuhvorsitzende Grigori Melkonyans vorübergehend zum Verhör festgehalten, nun droht im Gefängnis.

Gegen den Demokratieaktivisten sei ein Strafverfahren eingeleitet worden, bestätigt sein Anwalt der Vorwurf

Zusammenarbeit mit einer sogenannten unerwünschten Organisation.

Darauf stehen in Russland bis zu sechs Jahre Haft.

Melkonyans und seine Mitstreiter bezeichnen die Vorwürfe als ungerechtfertigt und rechtswidrig.

Goloz zu deutsch Stimme ist seit langem im Visier der russischen Behörden.

Schon vor zehn Jahren wurde die Organisation als sogenannte ausländischer Agent gebrannt Markt.

Später wurde sie gar aufgelöst.

Trotzdem waren die Mitglieder von Goloz weiterhin als Wahlbeobachter im Einsatz.

Wenngleich ihre Kritik an den häufig manipulierten Ergebnissen stets von den Behörden ignoriert wurde.

Die aktuelle Repressionswelle sieht Anwalt Michael Biriukov im Zusammenhang mit den bevorstehenden Regionalwahlen in drei Wochen.

Die Behörden wollten keine unabhängigen Beobachter mehr in den Wahllokalen sehen.

Am 10. September werden in etlichen Regionen Russlands, Gouverneure oder Regionalparlamente gewählt,

in der Hauptstadt Moskau finden Bürgermeisterwahlen statt.

Der ohnehin dezimierten Opposition wird bei keinem der Wahlgänge eine ernsthafte Chance eingeräumt.

Vor der Küste Westafrika satt sich eine Flüchtlingstragödie ereignet.  
Wie inzwischen klar ist, war das Anfang der Woche entdeckte Holzboden mehr als 40 Tage auf hoher See unterwegs.  
Von den mehr als 100 Menschen an Bord haben 38 überlebt.  
Sie werden auf den Kapverde inseln medizinisch versorgt.  
Das spanische Fischereischiff, das die aus dem Senegal stammenden Migrantinnen und Migranten Anfang der Woche gerettet hat, trifft auf der zu kapverde gehörenden Insel Saal ein.  
Einige der Überlebenden können gestützt auf Helfer noch aus eigener Kraft an Land gehen. Andere werden auf Tragen in ein Notspital in einem Zelt im Hafen gebracht.  
38 von ursprünglich mehr als 100 Menschen darunter vier Kinder sind noch am Leben.  
Nach mehr als 40 Tagen auf hoher See in einem kleinen traditionellen Holzfischerboot, auf dem schon lange Vorräte und Trinkwasser ausgegangen waren.  
Es ist eine schmerzhaftige Tragödie.  
Wir müssen die Migrationsfrage global lösen, bevor noch mehr Menschen sterben, meint Philomena Goncalves, die Gesundheitsministerin von Kapverde.  
Kapverde war freilich nicht.  
Das Ziel der Migrantinnen und Migranten stammend fast alle aus einem kleinen Fischerdorf im Senegal und wollten offenbar über die zu Spanien gehörenden kanarischen Inseln in die EU.  
Es ist dies eine der gefährlichsten Fluchttroten der Welt.  
1500 Kilometer über den Atlantik mit seinen hohen Wellen und starken Strömungen.  
Eine Rote, die allerdings in letzter Zeit mehr und mehr Senegalesinnen und Senegalesen nehmen. Viele von ihnen angetrieben, durch extreme Armut und Chancenlosigkeit in den Fischerdörfern.  
Wie viele ihr Ziel erreichen, ist unklar.  
Es gibt kaum zuverlässige Zahlen, aber nach Angaben einer lokalen Hilfsorganisation sind der Lein von Mai bis Juli von 30 aus einem der Fischerorte abgefahrenen Fluchtboten rund 10 gesunken.  
Gammelfleisch aus Polen sorgt derzeit für mehrere Salmonellenausbrüche in ganz Europa.  
Ein 63-jähriger Kärter ist nach einem besonders schweren Krankheitsverlauf verstorben.  
Dutzende Personen sind erkrankt.  
Alle Betroffene haben zuvor Hühnerkääb abgegessen, das aus Polen importiert worden war.  
Jürgen Pettinger.  
In der Gastronomie gibt es nach wie vor keine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, auch nicht am Würstel- oder Kääbstand.  
Markus Lukas von der österreichischen Geflügelwirtschaft schätzt, dass in diesem Bereich nur 5% des Hühnerfleisches aus Österreich stammt, der Rest aus dem Ausland.  
Dieses Fleisch landet hauptsächlich in öffentlichen Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern oder Kandinen, bzw. auch in der Gastronomie.  
Wir schätzen ungefähr, dass der Anteil von Polen zwischen 20 und 30% liegen wird im Geflügelbereich.  
Die Standards für Tierhaltung und Tiergesundheit sind etwa in Polen deutlich niedriger, das Fleisch damit teilweise um die Hälfte billiger.

Wegen des freien Bahnverkehrs ist ein Importstopp, auch nach den neulichen Salmonellenausbrüchen nicht möglich.

Landwirtschaftsminister Norbert Toczniak von der ÖVP appelliert an die Konsumenten, vermehrt auf die Herkunft von Lebensmitteln zu achten.

Seit 11 Jahren gibt es in Österreich die Rettungsgasse.

Bei Stockendem Verkehr muss eine Rettungsgasse gebildet werden.

Der Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes Geri Feutig sieht nun Änderungsbedarf.

So soll näher definiert werden, was Stockender Verkehr genau bedeutet.

Barbara Ganzfuß berichtet.

Was genau ist Stockender Verkehr?

Für manche sind das 60 kmh auf der Autobahn, denn sie könnten ja grundsätzlich 130 fahren.

Für andere beginnt Stockender Verkehr erst bei 30 kmh,

so der Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes Geri Feutig.

Und deshalb bilden Autofahrerinnen und Autofahrer manchmal bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten eine Rettungsgasse.

Das sollte im Gesetz genauer geregelt sein, sagt Feutig.

In dem er zum Beispiel sagt, wenn es unter 25 kmh ist oder 30 kmh oder 20 kmh,

das können die Verkehrsexperten dann sagen, das ist der Stockender Verkehr,

weil dann weiß ich eindeutig, ich schaffe meinen Dach hoch, ich fahre nur 10 kmh,

das heißt, als Rettungsgasse zu bilden.

Grundsätzlich funktioniert die Rettungsgasse gut, sagt Geri Feutig.

Das Ziel müsse aber sein, dass die Einsatzfahrzeuge so schnell wie möglich zu Unfällen kommen und Schwerverletzte versorgen können.

Um 18.00, 18.00 an die Seen jetzt.

Die meisten großen Seen in Österreich gehören der Allgemeinheit.

Trotzdem sind sie nicht allgemein zugänglich,

denn Seegrundstücke sind oft in privater Hand.

Allerdings sinkt der Wasserstand, wie im Sommer häufig der Fall,

darf das Ufer an sich sehr wohl betreten werden,

wenn man es erreichen kann, zum Beispiel von einem Boot- oder Stand-up-Pädelboard aus.

Was wenig bekannt ist, haben Recherchen des ORF-Wirtschaftsmagazins ECO deutlich gemacht, mehr von Peter Daser.

Eigentlich dürfen Seen im Besitz der Allgemeinheit, wie der Wörthersee, der Attersee

oder der Traunsee von allen benutzt werden, was oft durch private Grundstücke am Ufer verhindert wird.

Sinkt aber der Wasserstand und gibt ein neues Stück Ufer frei,

dann darf man das sehr wohl benutzen,

sofern man es bis dorthin schafft, ohne Privatgrund zu betreten.

Etwa über einen seitlichen Zugang oder vom Wasser aus.

Das erlaubt der sogenannte Gemeingebrauch, erklärt Rechtsanwalt Wolfram Procksch.

Wenn man sich dort ein Badehand durch ausbreitet, ausrastet, zonnt,

dann ist das sicherlich vom Gemeingebrauch gedeckt.

Sofern man es schafft, das frei gewordene Uferstück zu erreichen, ohne Privatgrund zu betreten.

Über einen etwaigen seitlichen Zugang zum Beispiel

oder vom Wasser aus etwa mit einem der derzeit beliebten Stand-up-Petalboards. Rechtlich würde ich dem informierten Stand-up-Petler gute Chancen einräumen, wenn er eben am richtigen Ufer an Land geht.

Das ist auch einfacher, Ginge zeigt vor Arlberg,

hier darf ein zehn Meter breiter Streifen am Ufer des Bodensees jederzeit betreten werden, auch ohne Einverständnis des Grundeigentümers.

Die zurückgekehrte große Reise-Lust spiegelt sich auch in den aktuellen Zahlen des Flughafens Wien wieder.

Nahezu vergessen sind die pandemiebedingten Rückgänge, die Passagierzahlen des größten Flughafens Österreich.

Nähen nähern sich dem vor Corona-Niveau. Gerhard Eisinger.

Am Flughafen in Schwäbhart wurden im Juli 3,1 Millionen Passagiere gezählt.

Damit liegt das Passagieraufkommen in Schwäbhart fast auf dem Vorkrisenniveau.

Im Juli 2019 wurden nur um knapp 16.000 Passagiere mehr verzeichnet als heuer.

Der Umsatz am Flughafen Schwäbhart ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als 45 Prozent auf fast 430 Millionen Euro gestiegen.

Nicht ganz so positiv hat sich der Cargo-Bereich entwickelt.

In den ersten sieben Monaten wurden um 3 Prozent weniger Waren über den Flughafen befördert.

Damit liegt der Cargo-Bereich um 11 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

In Schwäbhart ist heuer noch die Terminal Süderweiterung geplant.

Außerdem sollen bis Jahresende die Photovoltaikflächen auf rund 45 Hektar verdoppelt werden.

Ein früherer Fußballtrainer von Mädchenteams bei der Vienna

ist heute zu 20 Monaten teilbedingterhaft verurteilt worden.

Er soll wiederholt Spielerinnen in Team berührt haben.

Mit einer 15-Jährigen ist es in seiner Wohnung zu sexuellen Handlungen gekommen, Franz Dürnsteiner berichtet.

Teils unter Tränen berichten die Mädchen von regelmäßigen sexuellen Übergriffen des Fußballtrainers,

von unsiedlichen Berührungen am Pro beim Training und später beim Massieren an der Scheide.

Ein damals 15-jähriges Mädchen hat der 41-Jährige gar zu sich nach Hause zum Sex eingeladen.

Aus Sicht der Staatsanwältin hat der Trainer seine Autorität schamlos missbraucht.

Der Angeklagte, der auch Nacktfotos von sich gepostet hat, entschuldigt sich bei den Opfern.

Mit den Pro-Klatschern, wie er sagt, sei er zu weit gegangen.

Sexuelle Absichten stellt der 41-Jährige in Abrede.

Doch das Gericht sieht den Fall anders.

Das Urteil, 20 Monate Haft, davon fünf Monate unbedingt.

Dazu eine Geldstrafe von 7.500 Euro.

Und als Fußballtrainer darf der Mann nicht mehr arbeiten.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

In Österreich hat sich der Vogelbestand in den vergangenen 24 Jahren nahezu halbiert.

Vor allem Arten von Feld- und Wiesenvögeln sind weniger geworden.

So lautet der Befund der Naturschutzorganisation Birdlife.

Gründe finden sich in einer offenbar schlechten Pro-Saison.

Außerdem verschwinden zunehmend Lebensräume der Tiere.



Barbara Reichmann informiert.

Der Graubraune Grauama oder der gelb leuchtende Gierlitz aus der Familie der Finken.

Diese beiden Vogelarten gelten als extrem bedroht.

Von ihnen gibt es nur noch sehr wenige Tiere in Österreich.

Aber auch insgesamt ist der Vogelbestand drastisch zurückgegangen.

Bei den heimischen Feld- und Wiesenvögeln ist er so niedrig wie noch nie.

Einerseits dürfte die vergangene Pro-Saison wetterbedingt weniger erfolgreich verlaufen sein als sonst.

Andererseits zeichnet sich aber ein langfristiger Trend ab.

So die Vogelschutzorganisation Birdlife.

Denn die Freiräume der Tiere wie unbebaute Wiesen werden weniger.

Und so finden die Vögel oft nicht genug Nahrung und ungestörte Brutplätze.

Im neuen Agrarumweltprogramm seien nun jedoch mehr Naturschutzflächen beantragt, so Birdlife.

Man hoffe, dass sich das auf den Vogelbestand positiv auswirken wird.

Kommen wir jetzt zu den Meldungen.

Paul Kracker, bitte.

Der ehemalige Abschlussprüfer der zwangsgeschlossenen Kommerzbank Mattersburg, die TPA-Wirtschaftsprüfung, ist den Konkurs.

15 Dienstnehmer und 80 Gläubiger sind von dem Konkurs der TPA betroffen, die jetzt pro Revisio heißt.

Die frühere TPA ist wegen der Insolvenz der Kommerzbank

mit möglichen Schadenersatzforderungen von 24 Millionen Euro konfrontiert.

Die Kommerzbank Mattersburg ist 2020 wegen Bilanzfälschungen geschlossen worden.

Nach dem Gesetzesentwurf zur Teillegalisierung von Cannabis in Deutschland

kündigt Österreich verstärkte Drogenkontrollen an.

Innenminister Gerhard Kanert halt mit, man müsse damit rechnen,

dass über die Grenze mit Drogen gehandelt werde und Autos unter Drogeneinfluss gelenkt würden.

Daher werde es nahe der Grenze zu Deutschland verstärkte Kriminalpolizeiliche sowie

Verkehrskontrollen geben.

Die deutsche Regierung plant, dass Erwachsene ab Jahresbeginn bis zu 25 Gramm Cannabis besitzen dürfen.

Die Digitalwährung Bitcoin ist auf den tiefsten Stand seit mehr als einem Jahr gefallen.

Ein Bitcoin hat heute knapp 26.000 Dollar gekostet,

zur Tiefaktivierung zuletzt im Juni 2022.

Nach Experteneinschätzung leitet Bitcoin durch die steigenden Zinsen,

die andere Anlagen attraktiver machen.

In Wien ist der knappzweijähriges Mädchen aus dem Fenster im ersten Stock eines Hauses gestürzt.

Das Mädchen ist in kritischem Zustand.

Die Mutter ist offenbar durch Hausarbeiten abgelenkt gewesen,

als die knapp zweijährige am Nachmittag auf dem Fenster Sims geklettert

und fünf Meter in die Tiefe gestürzt ist.

Das Wetter morgen.

Anfangs einige Nebel- und Wolkenfelder, dann überall Sonne gestohnt,

nach dem Nachmittag vom Tiroler Unterland Ostfels ein paar Wärme gewittert.

## [Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (17.08.2023)

Schwül bei höchstens 25 bis 32 Grad.

Und mit diesen Aussichten verabschiedet sich ihr Abendjournalteam Rainer Blohberger, Julia Schmuck und Christine Tönige-Frenkenberger sagen Danke für ihr Interesse.

Am Bord ist jetzt Elisa Wasch.